

Raum- und Standortkonzept Sekundarstufe II

Der neue Vorschlag der Regierung nimmt Rücksicht auf alle

Regionale Interessen setzen sich durch

Die Berufsschullandschaft im Aargau wird nur moderat verändert. Jede Region behält ihre Berufsschule. Die Standorte Brugg, Wohlen und Zofingen sind jedoch von Teilschliessungen betroffen.

VON JÖRG MEIER

Der erste Vorschlag der Regierung für ein neues Raum- und Standortkonzept für die Mittel- und Berufsschulen im Aargau kam nicht gut an. Obschon anhand von drei Varianten aufgezeigt wurde, wie ein effizientes, kostengünstigeres und qualitativ einwandfreies Schulangebot auf der Sekundarstufe II mit weniger Schulstandorten aussehen könnte, hagelte Kritik von allen Seiten. 547 Stellungnahmen gingen ein. Der gemeinsame Nenner: Alle drei vorgeschlagenen Varianten wurden in der Anhörung wichtig abgelehnt. Klar war damit einzig: Keine der drei Varianten würde ei-

ne Mehrheit finden. Also ging der Regierungsrat über die Bücher und präsentierte jetzt eine neue Variante, welche auf die zum Teil heftigen Reaktionen Rücksicht nimmt und viele Anliegen aufnimmt. Das führte dazu, dass die Kriterien, die für oder gegen die Schliessung einer Schule sprechen, anders gewichtet wurden.

WMS rettet Kanti Zofingen

Konkret bedeutet dies für die Schulen der Sekundarstufe II:

- Alle Schulstandorte bleiben erhalten.
- Eingegriffen wird jedoch bei der Zuteilung der Berufe, was für einzelne Berufsfachschulen zu spürbaren Veränderungen führen wird.
- Drei der vier gemischten Berufsfachschulen werden entflochten. Sie wer-

den zu reinen KV- bzw. Gewerblich-industriellen Schulen. Betroffen sind die Schulen in Brugg, Zofingen und Wohlen. Brugg und Zofingen verlieren das KV, Wohlen die Gewerblich-Industrielle Berufsschule. Nicht betroffen ist das BZF in Rheinfelden.

- Der detaillierte Berufszuteilungsplan, der festlegt, welche Berufe an welcher Schule ausgebildet werden, erfolgt erst dann, wenn der Grosse Rat den Grundsatzbeschluss gefasst hat. Die drei Schulen, die ganze Abteilungen schliessen müssen, sollen den Verlust dadurch ausgleichen können, dass sie mehr Lernende in den verbleibenden Bereichen erhalten sollen.
- Veränderungen gibt es auch bei den Kantonsschulen: Grundsätzlich bleibt die Wirtschaftsmittelschule (WMS) bei

den Kantonsschulen. Die WMS an der Alten Kanti in Aarau aber wird an die Kanti Zofingen gezügelt. Das gibt der Alten Kanti mehr Platz und der Kanti Zofingen die notwendige Grösse, um überleben zu können. Die Informatikmittelschule zügelt von Aarau nach Baden.

- Die kantonale Schule für Berufsbildung (KSB) verlässt das Areal der Alten Kanti Aarau, neue Räume werden gesucht. Eine Option ist die Alte Reithalle.
- Für das Berufsbildungszentrum Niederlenz wird ausserhalb des Umsetzungsplans eine Lösung gesucht.

Das Fricktal profitiert

Ein Profiteur des neuen Konzeptes ist das Bildungszentrum Fricktal in Rheinfelden. Obwohl die Berufsfach-

schule die notwendigen Schülerzahlen nur knapp oder gar nicht erreicht, bleibt die Schule unangetastet und damit als einzige gemischte Berufsschule erhalten. Bildungsdirektor Alex Hürzeler erklärte dazu, man habe beim neuen Vorschlag regionalpolitische Interessen tatsächlich stärker gewichtet als etwa Raumauslastung samt den finanziellen Konsequenzen. Mit dem neuen Vorschlag behalte jede Region ihre Berufsschule. Allerdings gehe dies zulasten einer optimalen Auslastung. Und auch die ursprünglich angestrebte Kosteneinsparung von bis zu sechs Millionen Franken pro Jahr kann nicht annähernd erreicht werden. Rund zwei Millionen Franken kommt die neue Variante günstiger als die heutige Lösung.

Der Regierungsrat bringt den neuen Vorschlag dem Grosse Rat zur Abstimmung, obschon alle Entscheide in der Kompetenz der Regierung liegen. «Die Umsetzung kann nur funktionieren, wenn sie politisch breit abgestützt ist», sagte Bildungsdirektor Alex Hürzeler.

Start ab Schuljahr 2017/18

Hürzeler macht auch keinen Hehl daraus, dass der Regierungsrat es vorgezogen hätte, dem Grosse Rat eine konsequentere Umsetzungsvariante vorzuschlagen. Doch die Ergebnisse der Anhörung machten klar, dass das im Kanton der Regionen nicht möglich ist. Ohnehin hat der nun vorliegende Kompromissvorschlag einen steinigern Weg hinter sich. Fünf Jahre dauerte es

vom Auftrag bis zum nun vorliegenden Konzept. Doch was geschieht, wenn sich der Grosse Rat im Juni gegen die vorgeschlagene Umsetzung ausspricht? «Dann verharren wir im Status quo. Das heisst, dass die heute an den Berufsschulen bestehenden ungünstigen Grössenverhältnisse und Berufszuteilungen bleiben und die Raumproblematik der Mittelschulen nicht gelöst wird. Folglich wird der Regierungsrat möglichst bald eine andere Lösung präsentieren müssen. In der heute sehr angespannten finanziellen Situation dürfte - ja müsste - dieser wohl deutlich weiter gehen als der nun vorliegende Umsetzungsplan», erklärt Bildungsdirektor Hürzeler.

Der Start der Umsetzung ist ab Schuljahr 2017/18 vorgesehen.

KOMMENTAR

Reduziert auf das Machbare

Bildungsdirektor Alex Hürzeler hätte gerne viel radikaler aufgeräumt. Er hätte die Standorte der Berufsschulen stärker konzentriert, die Auslastung der einzelnen Schulen mehr gesteigert; er hätte die Kompetenzzentren dadurch fitter gemacht für die sich rasch verändernden Anforderungen an die Berufsbildung. Schliesslich hätte er auch liebend



von Jörg Meier

gerne mehr eingespart als bloss die zwei Millionen Franken pro Jahr, die unter dem Strich jetzt noch bleiben. Aber mehr war nicht möglich. Zu gross und zu umfassend war der Widerstand aus allen Lagern gegen alle von der Regierung präsentierten Varianten.

Was nun vorliegt, ist ein moderater Kompromiss. Auf drastische Massnahmen wird verzichtet. Die regionalen Befindlichkeiten werden zum wichtigsten Kriterium. Pädagogische und finanzielle Überlegungen müssen hinten anstehen. Fast niemand verliert, und wer doch verliert, dem wird Kompensation in Aussicht gestellt. Alle, die sich für die eigene Schule engagiert haben, dürfen sich ein bisschen als Sieger fühlen; und das tut gut, besonders auch in einem Wahljahr.

Der Vorschlag der Regierung mag deshalb als mutloser Kompromiss erscheinen. Er ist aber in erster Linie ein vernünftiger Kompromiss. Denn er beschränkt sich auf das, was im Kanton der Regionen zurzeit machbar ist. Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass nach fünf Jahren endlich ein verbindliches und akzeptiertes und für die nächsten Jahre geltendes Raum- und Standortkonzept für die Sekundarstufe II vorliegt. Und die Berufsschulen könnten sich dann wieder voll und ganz auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren.

joerg.meier@azmedien.ch



Mit einer publikums-wirksamen Aktion warb das BWZ Brugg für den Erhalt der Schule und verbuchte einen Teilerfolg: Zwar wird das KV geschlossen, aber die gewerblich-industrielle Weiterbildung wird weitergeführt. MICHAEL HUNZIKER

Verliert das KV BWZ Brugg



Heinz Schlegel, Rektor

«Der langjährige Kampf um den Standort Brugg hat Spuren hinterlassen.»

«Ich bin enttäuscht, dass wir nach grossem Kampf nun doch das KV verlieren», sagt Heinz Schlegel, Rektor des BWZ Brugg. Dass der gewerblich-industrielle Bereich der Schule erhalten bleibt, ist für ihn ein schwacher Trost. Er wünscht sich, dass der verbleibende Teil der Schule auch tatsächlich gestärkt werde. Zum Beispiel, indem man die typischen Brugg-Berufe wie Gärtner, Florist, Forstwart oder Netzelektriker in Brugg belasse und auch neue Berufe nach Brugg bringe. Konkret etwa die Elektroinstallateure. Aber die Veränderungen werden ohne Schlegel passieren. Der Rektor hat gekündigt. Er wird künftig eine Berufsschule in der Stadt Zürich leiten. (JM)

Verliert die GI-Schule BBZ Freiamt



Philippe Eisener, Rektor

«Zumindest können wir jetzt endlich ohne die ständige Unsicherheit planen.»

Man habe mit diesem Entscheid rechnen müssen, sagt Rektor Philippe Eisener. Auch wenn man bis zuletzt gehofft habe, das BBZ könne auch die GI-Schule weiterführen. «Immerhin wissen wir jetzt, woran wir sind. Und wir können zumindest endlich ohne die ständige Unsicherheit arbeiten und die Zukunft planen.» Eisener geht davon aus, dass die am BBZ Freiamt frei werdenden Lehrpersonen von anderen Schulen unkompliziert übernommen werden. Froh ist Eisener, dass dem Freiamt eine gestärkte Berufsschule erhalten bleibt. «Bei der Zusammenarbeit mit anderen Schulen wird das BBZ Freiamt gerne Hand zu sinnvollen und guten Lösungen bieten.» (JM)

Verliert das KV BW Zofingen



Roger Meier, Rektor

«Auch die grossen Schulen müssen jetzt mitmachen und Berufsfelder abgeben.»

Rektor Roger Meier zeigt sich wenig überrascht, dass Zofingen das KV verliert. «Das war bereits vorher in allen drei Varianten vorgesehen», erklärt er. Wenn es nun aber tatsächlich so weit kommen sollte, dann erwartet Meier, dass die Schule adäquaten Ersatz erhält. Wichtig ist für ihn, dass in Zofingen weiterhin die Berufsmatura angeboten werden kann. Konkret schlägt Meier vor, dass die Ausbildung der Maschinenbauer mit technischer Berufsmatura in Zofingen angeboten werden sollte. Die neue Berufszuteilung kann für ihn nur unter einer Bedingung funktionieren: «Auch die grossen Schulen Lenzburg und Aarau müssen mitmachen und Berufsfelder abgeben.» (JM)

Wird verschont BZF Rheinfelden



Hans Marthaler, Rektor

«Ganz sicher können wir erst sein, wenn der Grosse Rat die Vorlage genehmigt hat.»

Dass das BZF Rheinfelden von der drohenden Schliessung verschont werden soll, freut Rektor Hans Marthaler. Er rühmt denn auch den Vorschlag der Regierung, der die Bedeutung der Regionen hoch gewichtet, als vernünftig und umsichtig. Und sein Dank geht an die Menschen im Fricktal, die sich mit grosstem Engagement für den Erhalt ihres BZF eingesetzt haben. Aber Marthaler bleibt vorsichtig: «Ganz sicher aber können wir erst sein, wenn der Grosse Rat der Vorlage zugestimmt hat.» Für Marthaler ist klar, dass das BZF bei der Neuvorteilung konstruktiv mitarbeiten wird. «Der Status quo ist keine Lösung. Alle Schulen müssen sich bewegen.» (JM)

WMS zügelt von Aarau nach Zofingen

Umzug Die Wirtschaftsmittelschule gehört weiterhin zur Kantonsschule, die Aarauer Abteilung soll aber nun nach Zofingen zügeln. Das löst nicht nur Freude aus.

VON JÖRG MEIER

Zwar bleibt die Wirtschaftsmittelschule (WMS) grundsätzlich Teil der Kantonsschule. Denn eine Verschiebung ans KV würde für Kantonsschule und KV einen spürbaren Eingriff bedeuten, ohne dass dabei ein erkennbarer Mehrwert entstehen würde, heisst es im Vorschlag der Regierung. Zudem hat sich gezeigt, dass auch eine Verschiebung der WMS an die kaufmännischen Schulen die Reduktion der gefährdeten KV-Standorte nicht verhindern könnte. In Aarau und Baden hingegen müssten neue

Kapazitäten geschaffen werden. Schliesslich würde die Verschiebung auch finanziell keinerlei Vorteile bringen. Dieser Befund freut die Kantonsschulen und schmerzt die Berufsschulen.

Gymnasialer Campus in Aarau

Gezügelt wird trotzdem. Allerdings nur innerhalb der Kantonsschulen. Die Alte Kantonsschule Aarau muss die Informatikmittelschule an die Kanti Baden abgeben. Und die Alte Kantonsschule Aarau verliert auch ihre WMS: Sie wird an die Kantonsschule Zofingen transferiert. Damit können zwei Ziele erreicht werden: Die Kantonsschule Zofingen wird gestärkt und kommt dank der WMS zur verlangten Mindestgrösse für eine Kantonsschule von 600 Schülerinnen und Schülern. Und die Alte Kanti erhält durch den Wegzug der WMS endlich etwas mehr



Martin Burkard, Rektor der Alten Kantonsschule Aarau.

Platz. Dennoch mag sich Martin Burkard, Rektor der Alten Kantonsschule, über diesen Vorschlag nicht recht freuen. «Ich bin zwar sehr zufrieden, dass die WMS Teil der Kantonsschule bleibt. Aber es

ist höchst bedauerlich und schmerzt, dass die Alte Kanti die WMS abgeben muss. Bei uns wurde dieser Schulzweigs stets stark gepflegt und Schulleitung und Lehrpersonen haben die Entwicklung der WMS massgeblich und mit grossem Engagement gestaltet. Der Wegzug wird auch Folgen für die Lehrpersonen haben, die an der WMS unterrichten.»

Die Kantonale Schule für Berufsbildung (KSB), die ebenfalls auf dem Areal der Alten Kanti untergebracht ist, soll neue Räumlichkeiten ausserhalb der Kantonsschule erhalten. Im Gespräch ist die Alte Reithalle in Aarau. Diesen Auszug hingegen sieht Burkard als Chance für die unter chronischer Platznot leidende Alte Kanti. So könnte sich die Alte Kantonsschule auf dem ganzen Areal ausbreiten und sich zu einem gymnasialen Campus entwickeln.

Wechsel

Neuer Chef für den Sozialdienst

Der kantonale Sozialdienst bekommt eine neue Leitung: Stefan Ziegler löst Cornelia Breitschmid ab, die gekündigt hat. Ziegler ist derzeit Amtschef-Stellvertreter des kantonalen Sozialamts in Zürich.

Die 49-jährige Cornelia Breitschmid war seit Juli 2008 und bis zur vorzeitigen Pensionierung des früheren Abteilungsleiters dessen Stellvertreterin. Anfang Juli 2011 übernahm sie die Abteilungsleitung interimistisch, ehe sie vom Regierungsrat auf Anfang Dezember 2011 definitiv zur Leiterin des kantonalen Sozialdienstes gewählt worden ist. Sie hat «aus persönlichen Gründen» gekündigt: Nachdem die Sonderprüfung der Beschaffungen im Asylwesen eingeleitet und die Sektion Asyl direkt Stephan Campi unterstellt worden war, dem Generalsekretär des Departements Gesundheit und Soziales.

Cornelia Breitschmid hat die Abteilungsleitung auf Ende April abgegeben, ihr Nachfolger tritt das Amt spätestens am 1. Oktober an. Der 53-jährige Stefan Ziegler verfügt über eine uni-

versitäre Lehrerausbildung mit Weiterbildungen in den Bereichen Personalmanagement, Informatik, Finanzen und Unternehmensführung. Derzeit ist er Amtschef-Stellvertreter des kantonalen Sozialamts Zürich, zuvor war er in der kantonalen Verwaltung Basel-Stadt und der Privatwirtschaft tätig und übte zudem einen Lehrauftrag an der Fachhochschule Nordwestschweiz aus.

Das Departement Gesundheit und Soziales befasst sich derzeit mit Varianten der Umstrukturierung der Sektion Asyl. Die Reorganisation soll in der zweiten Jahreshälfte umgesetzt werden, wobei Ziegler als neuer Abteilungsleiter eine zentrale Rolle spielen wird. Bis zu seinem Amtsantritt wird Sandra Stamm, stellvertretende Abteilungsleiterin, den kantonalen Sozialdienst führen. Die Sektion Asyl bleibt bis zum Amtsantritt von Stefan Ziegler dem Generalsekretär des Departements unterstellt. (AZ)

Fakten und Details zum Asylbegriff lesen Sie online.



Letzte Mobilisierung

Das stimmt, sagt Martin Uebelhart von der IG Solidarität. Allerdings hätten sie stets die Halbwahrheiten des Gemeinderates zum Asylthema im Nachhinein korrigieren müssen. Darum hätte man ihren Beitrag im «Wochenalter» abdrucken sollen, ohne zuerst wieder den Gemeinderat Stellung nehmen zu lassen.

Mittlerweile haben die Asyl-Befürworter ihre Botschaft auch so unter die Bevölkerung gebracht. Bis zum Freitagmorgen sind gemäss Uebelhart alle Haushalte in Oberwil-Lieli mit dem Extrablatt beliefert worden. Auch die lokale SVP hat nochmals mobilisiert und ebenfalls Flugblätter zur Asylabstimmung verteilt.

Am Sonntag ist vorläufig Schluss mit dem Hickhack. Sagen die Stimmberechtigten Ja zum Budget, muss die Gemeinde Asylbewerber aufnehmen. Gemäss Verteilschlüssel sind das zehn vorläufig aufgenommene Personen mit Status F.

Andreas Glarner steht dazu, bei der «Wochenalter»-Redaktion interveniert zu haben. «Die IG Solidarität wirft uns in ihrem Artikel vor, Fakten zu verdrehen, und fordert uns darin auf, die Behauptungen richtigzustellen. Dazu hatten wir aber gar keine Gelegenheit mehr, weil die Zeitung schon zum Druck fertig war.» Glarner kritisiert auch «Wochenalter»-Redaktor Brendlin. «Er hatte nicht mal die Fairness, uns über den Artikel mit den Anschuldigungen zu unterrichten.» Das gehe so kurz vor der Abstimmung nicht, darum habe er den Artikel gestoppt.

«Glarner hat so viel Druck gemacht, dass ich den Artikel entfernt habe.»

Robert Brendlin, Redaktor «Wochenalter»

Glarner nimmt für sich und den Gemeinderat in Anspruch, im Abstimmungskampf immer fair gespielt zu haben. «Wir haben den Gegnern in den Abstimmungsunterlagen bewusst gleich viel Platz eingeräumt wie den Argumenten des Gemeinderates», sagt Glarner, «obwohl wir das gar nicht müssten».

VON ROLF CAVALLI

Die Nervosität in Oberwil-Lieli steigt. Das Dorf am Mutschelen rechnet mit einer Rekord-Stimmteilnahme am Sonntag und einem engen Resultat zur Gestaltung. Wirtschaftlich ist das Dorfblatt allerdings von der Gemeinde abhängig. Laut Glarner steuert diese der Zeitung jährlich über 50 000 Franken bei.

«Wochenalter»-Redaktor Robert Brendlin bestätigt auf Anfrage: Ja, Andreas Glarner habe ultimativ verlangt, den Beitrag rauszunehmen. Die Zeitungsvorlage sei am Mittwochmorgen bereits in der Druckerei gewesen, als die Gemeindegliederin ihn gebeten habe, Artikel zur Asylabstimmung vorzulegen. Das habe er getan, worauf er ein Telefon von Glarner bekommen habe. «Er hat so viel Druck gemacht, dass ich den Artikel am Schluss halt entfernt habe», sagt Brendlin.

Für die IG Solidarität ist diese Intervention ein «inakzeptabler Akt von obrigkeitlicher Zensur». Sie habe sich ihrerseits verpflichtet, den Abstimmungskampf sachlich und unpolemisch zu führen. «Die Zensurintervention des Gemeinderates zerstört das Vertrauensverhältnis und damit die sachliche Streitkultur und den politischen Anstand in unserem schönen Dorf», heisst es im Extrablatt.